

Politische Parteien in den Maghreb-Ländern – ein Überblick

von Gerhard Moltmann

Die Länder des Maghreb – und zwar vornehmlich die Kernländer Marokko, Algerien und Tunesien – haben durch gleiche Herkunft, gleiche Kultur, gleiche Religion und gleiche Geschichte eine Gemeinsamkeit, die im Bewußtsein der Völker verwurzelt ist. So haben auch alle drei Länder das Bekenntnis zur maghrebischen Einheit in ihren Verfassungen niedergelegt. Aber doch gehen sie in ihrer inneren Ordnung und in ihrer Außenpolitik recht unterschiedliche Wege. Das gilt auch für die politischen Institutionen und da für die politischen Parteien.

Die genannten drei Maghreb-Länder sind aufgrund ihrer eher mediterranen Ausrichtung, der langen französischen Herrschaft und des starken Einflusses der französischen Zivilisation durchaus mit den politischen Entwicklungen und den politischen Ausdrucksformen in Europa, wie sie sich gerade in den politischen Parteien widerspiegeln, bekannt und vertraut. Und doch haben sie jedes ihre eigenen und unter sich noch verschiedenen Systeme gewählt.

Marokko, das noch traditionellste unter den Maghreb-Ländern, hat sich nichtsdestotrotz in bemerkenswert liberaler und demokratischer Weise zum politischen Pluralismus bekannt. In Artikel 3 der Verfassung vom 15. 3. 1972 heißt es: »Politische Parteien, Gewerkschaften, Lokalräte und Berufskammern arbeiten zusammen in der Organisation und Vertretung der Bürger. – Es darf keine Einheitspartei geben.« Dementsprechend kam es zur Erneuerung des Lebens der alten Parteien und zur Bildung neuer Parteien. An den im November 1976 zunächst auf Kommunal- und Munizipalebene einsetzenden, dann auf Provinzial-, Präfektoral- und Professionalebene fortgeführten und schließlich im Juni 1977 stattfindenden Parlamentswahlen beteiligten sich acht Parteien:

- die Istiqlal-Partei, die traditionelle Unabhängigkeitspartei, wie ihr Name sagt. Sie ist islamisch, nationalistisch orientiert.
- die Sozialistische Union der Volkskräfte, Union Socialiste des Forces Populaires (USFP), die sich 1959 von der Istiqlal-Partei wegen gegensätzlicher Auffassung trennte und mehr sozialistische Ziele verfolgt.
- die Volksbewegung, Mouvement Populaire (MP) mit überwiegend ländlicher Anhängerschaft.
- die Nationale Sammlung der Unabhängigen, Rassemblement National des Indépendants (RNI). Diese neue Partei unterstützt die Monarchie. Sie besteht vornehmlich aus der jüngeren Generation von 30–40 Jährigen mit höherer Schulbildung und in selbständigen Berufen oder im öffentlichen Dienst.
- ferner noch vier kleine Parteien:
 - Marokkanische Union der Arbeit, Union Marocaine du Travail (UMT)
 - Demokratische Konstitutionelle Volksbewegung, Mouvement Populaire Démocratique Constitutionnel (MPDC).

- Aktionspartei, Parti de l'Action (PA)
- Partei des Fortschritts und Sozialismus, Parti du Progrès et du Socialisme (PPS); seit 1974 eine neue Version der kommunistischen Partei, die 1960 verboten wurde.

Bei den Parlamentswahlen 1977 gingen die Unabhängigen mit 141 Sitzen bei weitem als Sieger hervor und errangen mehr als die absolute Mehrheit (133). Ihr Erfolg gründete sich weitgehend auf den monarchischen und nationalen Schwung, der sich im Kampf um die Westsahara entzündete und im »grünen Marsch« seinen Ausdruck fand. Mit den Unabhängigen haben sich Istiqlal und Volksbewegung an der Regierung beteiligt.

Bei der Parlamentseröffnung am 14. Oktober 1977 bekannte sich der König nochmals ausdrücklich zur Demokratie, zum Pluralismus und zur Liberalisierung des politischen Lebens.

Wir sehen also insoweit für Marokko im Augenblick ein recht positives Bild. Allerdings lasten auf dem Land andere unbewältigte Probleme, so der andauernde und zehrende Saharakrieg und die noch völlig offenen sozialen Fragen, die nur durch die Kriegssolidarität überdeckt werden.

Algerien, fortschrittlich, revolutionär, versteht sich als demokratische Volksrepublik. Nach Artikel 5 der Verfassung vom 19. 11. 1976 gehört die nationale Souveränität dem Volk, das sie durch Referendum oder durch seine gewählten Vertreter ausübt. Das aber geschieht nicht frei nach dem Willen des Bürgers. Denn Artikel 94 der Neufassung bestimmt, daß das institutionelle System auf dem Prinzip der Einheitspartei (parti unique) beruht. Diese Option erklärt sich aus dem harten Befreiungskampf Algeriens gegen Frankreich, der von der Nationalen Befreiungsfront (FLN) getragen wurde, die nunmehr durch Artikel 95 der Verfassung zur Einheitspartei bestimmt wird. »Sie ist die Avantgarde, die sich aus den bewußtesten, von dem patriotischen und sozialistischen Ideal beseelten Bürgern zusammensetzt, die sich gemäß den Parteistatuten frei in der Nationalen Befreiungsfront vereinen. Die Mitglieder, die hauptsächlich unter den Arbeitern, Bauern und der Jugend ausgewählt werden, sind ausgerichtet auf die Verwirklichung ein und desselben Zweckes und auf die Verfolgung ein und desselben Tuns, dessen letztes Ziel der Triumph des Sozialismus ist.«

Partei und Staat sind eng verquickt. Die Führung des Landes verkörpert die Einheit der politischen Führung von Partei und Staat. Im Rahmen dieser Einheit bestimmt die Parteiführung die Orientierung der allgemeinen Politik des Landes (Art. 98). Die Organe der Partei und des Staates handeln in getrennten Rahmen und mit verschiedenen Mitteln, um diesselben Ziele zu erreichen (Art. 101). Die Massenorganisationen, darunter die Gewerkschaften (UGTA), stehen unter der Ägide und Kontrolle der Partei und dienen der Mobilisierung der breiten Massen (Art. 100).

Tatsächlich ist bis heute die Staatsführung immer noch der bestimmende Faktor. Die Partei tut sich schwer, die ihr zufallende Rolle voll auszufüllen. Auch die gewählten Gremien, die Nationalversammlung und die Regional- und Kommunalversammlungen ha-

ben keine besondere Macht, geben aber Gelegenheit zur öffentlichen Diskussion. Das Regime ist gefestigt und wird von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen. Es gibt im Lande keine artikulierte politische Opposition. Staatspräsident Chadli Bendjedid zeigte sich liberal und ließ im Rahmen verschiedener Lockerungsmaßnahmen noch in-Haft befindliche alte Regimegegner frei, darunter zum 1. November 1980 den Expräsidenten Ben Bella und die beiden Präsidenten der provisorischen algerischen Regierung, Ferhat Abbas und Joucef Benkhedda.

Im französischen Exil bildeten sich einige Oppositionsparteien, von denen sich nur zwei halten konnten, die Parti d'Avantgarde Socialiste, PACS (kommunistisch), und die Parti de la Révolution Socialiste, PRS (sozialistisch), unter Mohammed Boudiaf. Übrigens bekennen sich beide Parteien zum Einparteiensystem, sodaß von einem Pluralismus keine Rede ist. Ihr Anhang ist verhältnismäßig gering und ihre Wirkung in Algerien unbedeutend.¹

Es gibt aber im Lande mancherlei Unzufriedenheit und Unruhe, die immer wieder ausbricht. Es geht dabei weniger um politische als um ethnische (Berber), religiöse, kulturelle, studentische, wirtschaftliche und soziale Belange oder auch einfach um Versorgungsmängel. Es ist möglich, daß diese auch von politischen Regimegegnern ausgenutzt und aufgestachelt werden. – Ein neues Phänomen ist die Aktion des Präsidenten Chadli zur Säuberung des Partei- und Staatsapparats wegen Veruntreuung öffentlicher Mittel und persönlicher Bereicherung. Zahlreiche, mehr oder weniger wichtige Persönlichkeiten wurden verhaftet. In einer Rede zum 1. Mai 1981 hat der Präsident diejenigen angeprangert, die die Revolution zu ihrem Vorteil haben umwandeln wollen und versuchen, Zweifel und Verwirrung zu säen. Er drohte, daß die Revolution nicht zögern werde, revolutionäre Härte zu nutzen, wenn die nationale Einheit oder die sozialistische Option in Gefahr gebracht werden. Noch schärfer wurde er in einem Artikel im Organ der Einheitspartei FLN »Révolution africaine« vom 28. Mai 1981, in dem er diejenigen verwarnt, die im Dunkeln, innerhalb und außerhalb des Landes, innerhalb und außerhalb der Institutionen und Apparate agieren mit dem Ziel, das Regime in Algerien zu erschüttern und zu schlagen. Er beschuldigte sie auch, Anstifter der letzten gewalttätigen Zwischenfälle in Annaba, Bedjaia und Algier in der 2. Maihälfte 1981 zu sein. Er wandte sich weiter gegen diejenigen, die sich des Islam als Vorwand bedienen, um persönliche Pläne und Wünsche zu befrieden. Damit kritisierte er, ohne Namen zu nennen, die Agitationen der religiösen Integralisten und ihren Fanatismus, der durch den Islam nicht gerechtfertigt ist. – All' dies zeigt, daß die Regierung sich ernstest Widerständen und Widersachern gegenüber sieht, denen sie aber mit Härte zu begegnen gewillt ist. Eine Gefährdung oder Aufweichung des Regimes ist aber noch nicht zu sehen. Im Ganzen scheint Algerien mit der von Boumediène bestimmten Ideologie (Charte Nationale vom 27. 6. 1976) und der daraus erwachsenen Verfassung seinen Weg gefunden zu haben.

1 S. bei T. Bensalah, la République Algérienne, i. d. Slg. »Comment ils sont gouvernés« Bd. XXXIII, Lib. Gén. de Droit et de Jurisprudence, R. Pichou et R. Durand Auzias, Paris, 1979.

Tunesien bietet wieder ein anderes, schillerndes Bild. Es besteht dort de facto eine Einheitspartei, die sozialistische Verfassungspartei, Parti Socialiste Destourien (PSD). Die Verfassung vom 1. 5. 1959 enthält keinen Hinweis auf ein Einparteiensystem. Sie garantiert in ihrem Artikel 8 die Freiheit der Meinungsäußerung, der Versammlung und Vereinigung und ihre Ausübung gemäß den durch Gesetz bestimmten Bedingungen. Ebenso wird das Gewerkschaftsrecht garantiert.

Die Einheitspartei hat sich zunächst durch das Wahlgesetz vom 6. 1. 1956 durchgesetzt, das die Mehrheitswahl in einem Wahlgang vorsah. Die Destour-Partei, die unter Bourguiba den Unabhängigkeitskampf geführt hatte, konnte so die Gesamtheit der Sitze gewinnen. Ebenso haben die späteren Gesetze für die Wahlen des Präsidenten der Republik und der Nationalversammlung der PSD erlaubt, ihr Monopol zu bestätigen. Das Einparteiensystem wird ferner durch das Vereinsgesetz vom 7. 11. 1959 gefestigt, das dem Innenminister volle Freiheit gibt, die notwendige Genehmigung zur Bildung einer Partei zu bewilligen oder zu versagen. Eine Oppositionspartei kann also nur mit Zustimmung der herrschenden Partei zur Existenz gelangen.

Die Einheitspartei PSD sieht sich als Ausdruck der Gesamtheit des tunesischen Volkes an. Sie, die gegen die Monarchie und das französische Protektorat kämpfte, gründete sich auf das Prinzip der unlösbaren Einheit der verschiedenen sozialen Klassen des tunesischen Volkes. Ihre politische Doktrin folgte einer liberal-demokratischen Linie. 1961 übernahm sie die Bezeichnung »sozialistisch«. Das bedeutete aber keinen eigentlichen Bruch mit dem Liberalismus, sondern nur stärkeren staatlichen Einfluß, um einen durch stagnierende Produktion, mangelnde Investitionen und Kapitalflucht gekennzeichneten wirtschaftlichen Notlage zu begegnen. Der Destour-Sozialismus ist gegen den Marxismus und fordert eine harmonische Gesellschaft, in der jeder sozialen Klasse eine nützliche Rolle für die Gesamtheit des Sozialkörpers zukommt.

Die Partei nahm eine zentralistische Organisation an, die zur Einschränkung der Rechte der Basis und zu wachsender Verquickung zwischen Staats- und Partei-Strukturen führte. Das fand ihre Krönung in der Konzentration der Ämter des Parteivorsitzenden und des Staatsoberhauptes in einer Hand, nämlich des »combattant suprême«, Habib Bourguiba.

Die Allmacht Bourguibas wurde erstmals auf dem Parteikongreß von Monastir im Oktober 1971 in Frage gestellt. Eine Mehrheit äußerte sich für eine liberale Entwicklung. Die politischen Kräfte in Tunesien beschränken sich auch nicht nur auf die Einheitspartei. Obwohl ausgeschlossen von der offiziellen Szene, gibt es oppositionelle Kräfte. So haben Staat und Partei mit den nationalen Organisationen immer wieder Schwierigkeiten, darunter besonders mit den Gewerkschaften und den Studenten. Ein Fanal war der »schwarze Donnerstag«, der 26. Januar 1978, als es zu blutigen Zwischenfällen unter Einsatz der Armee, zu zahlreichen Verhaftungen, zur Erklärung des Staatsnotstandes und damit auch zum Bruch des ein Jahr zuvor abgeschlossenen Sozialpaktes kam.²

2 Nach lange schwebenden Differenzen zwischen der Gewerkschaftsorganisation, Union Générale des Travailleurs Tunisiens (UGTT) und der Regierung, die in immer wieder aufflammenden Streiks der Arbeiterschaft und dagegen eingesetzten Repressionen der Regierung ihren Ausdruck fanden, kam es am 19. Januar 1977 zum Abschluß des »Sozialpaktes«, der nach den Vorstellungen der »Sozialpartner«, d. h. der Regierung, dem

Gleichzeitig bemühten sich politische Gruppen um Anerkennung, und zwar von 2 alten Mitarbeitern Bourguibas: Der ehemalige Innenminister Ahmed Mestiri, der schon seit dem Parteikongreß von Monastir 1971 die politische Öffnung predigte und sie seitdem verfolgte, kündigte am 14. Juni 1978 die Bildung einer gemäßigt linken Partei »Mouvement des Democratres Socialistes« (MDS) an und beantragte unter Hinterlegung der Statuten beim Innenminister die Genehmigung. Es war das erste Mal, daß eine politische Partei die Regierung vor die Frage stellte, sie anzuerkennen oder nicht. Die Angelegenheit wurde den Führungsgremien der Einheitspartei PSD vorgelegt, die sie Ende Juli an die Parteibasis, d. h. den Nationalkongreß der Partei verwies, der 1979 stattfinden sollte. Gleichzeitig wurden aber bereits verschiedene Hinweise auf die Unzweckmäßigkeit des Pluralismus wegen der Gefahr der Destabilisierung geäußert. Der Innenminister gab in der vorgeschriebenen 4-Monatsfrist keinen Bescheid. Das bedeutete zunächst stillschweigende Ablehnung. Am 23. Oktober erklärte Ministerpräsident Noura sehr deutlich: »Wir wollen keine Miniparteien neben unserer Partei, sondern eine einzige Partei für alle. Die Öffnung soll sich durch Erweiterung der PSD und nicht durch Anerkennung einer neuen Partei vollziehen.«

Politbüro der Partei (PSD), dem Gewerkschaftsbund (UGTT), dem Industrie-, Handels- und Gewerbeverband (UTICA) und dem Bauernverband (UNA), zur Gesundung des Sozialklimas führen und für die Periode des V. Wirtschaftsplanes von 1977–1981 gelten sollte. Aber schon ab Mitte des Jahres 1977 gab es neue Zeichen einer heftigen Verschlechterung des sozialen und politischen Klimas. Die Forderung nach mehr Liberalisierung, Dezentralisierung und Humanisierung wurde immer lauter und die soziale und politische Spannung wuchs zunehmend.

Nach verschiedenen Einzelstreiks kam es im November 1977 zu einer Streikwelle, nachdem Morddrohungen gegen den Generalsekretär der UGTT, Habib Achour, bekannt geworden waren. Die Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten zwischen der Gewerkschaft und der Partei verschärfen sich. Ein Gespräch zwischen Ministerpräsident und Generalsekretär der UGTT Mitte Dezember 1977 blieb erfolglos. Auch eine Regierungsumbildung mit Auswechslung des Innenministers und des Sicherheitschefs brachte keine Entspannung. Der Nationalrat der UGTT kritisierte die Regierung und bestätigte nicht nur den Prozeß der Dezentralisation der UGTT, sondern zog daraus auch Forderungen für das ganze politische System. Schließlich erklärte der Generalsekretär der UGTT, Habib Achour am 10. Januar 1978 seinen Rücktritt als Mitglied des Politbüros und des Zentralkomitees der Partei, bestätigte jedoch seine Dialogbereitschaft. – Das Zentralkomitee der Partei kritisierte seinerseits in außerordentlicher Sitzung am 20. Januar 1978 das Verhalten der UGTT und gewisser Führer derselben, wünschte aber doch zu einem »modus vivendi« aller Sozialpartner zu gelangen. Die UGTT-Führung beschloß am 22. Januar grundsätzlich einen Warn-Generalstreik, jedoch ohne Datumsfestlegung, wohl um völligen Bruch und schließlichen Zusammenstoß zu vermeiden.

In dieser zugespitzten Situation machte der Generalsekretär des Internationalen Bundes Freien Gewerkschaften, der Confédération internationale des syndicats libres (CISL), Otto Kersten einen letzten Versuch, zwischen der Regierung und der UGTT in Tunis zu vermitteln, aber ohne Erfolg. In seiner Gegenwart gab Habib Achour am 24. Januar 1978 die Anordnung des Generalstreiks für den 26. Januar bekannt. Auslösend hierfür waren Zwischenfälle, die sich gerade bei verschiedenen örtlichen Gewerkschaftssitzen ereignet hatten und die Entwicklung nicht mehr aufhalten ließen. Das Exekutivbüro der UGTT erklärte in einem Kommuniqué am 27. Januar 1977, daß die Streikentscheidung getroffen worden sei als Folge anhaltender heftiger Angriffe und lügnerischer Propagandaoperationen der Partei gegen die Gewerkschaften.

Nunmehr griff die Staatsgewalt mit aller Schärfe zu. – Die zahlreichen verhafteten und zu langen Freiheitsstrafen verurteilten Gewerkschaftsführern sind inzwischen wieder freigelassen worden, außer Habib Achour und seinem Sekretär Salah Brour, die noch unter Hausarrest stehen.

Die dramatische Entwicklung, die zum »schwarzen Donnerstag«, dem 26. Januar 1978 führte, ist eingehend geschildert worden von i. **Ben Dhiab** in der Politischen Chronik Tunesiens im Annuaire de l'Afrique du Nord, XVI. 1977, hrsg. vom Centre de Recherches et d'Etudes sur les Sociétés Méditerranéennes, Aix-en-Provence, France. Editions du Centre National de la Recherche Scientifique, Paris 1978, S. 513–544.

Die zweite ernstzunehmende Initiative ergriff der ehemalige Super-Minister und einstige »Kronprinz« Bourguibas, Ahmed Ben Salah, der sich für die Bildung einer sozialistisch orientierten Partei, Bewegung der Volkseinheit, Mouvement de l'Unité Populaire (MUP), einsetzte. Diese Bestrebungen wurden aber schon im August 1977 in einem Prozeß vor dem Staatssicherheitsrat abgewürgt, werden sich jetzt aber wieder beleben.

Die kommunistische Partei (PCT), die 1920 als Sektion der französischen kommunistischen Partei gegründet worden war, konnte nach der Unabhängigkeit noch mehrere Jahre als einzige legale Oppositionspartei überleben, blieb aber nur unbedeutend. Sie wurde nach einem Komplott gegen Bourguiba im Dezember 1962 verboten.

Der im September 1979 stattfindende Parteikongreß konnte sich noch nicht zu einer Entscheidung über den politischen Pluralismus durchringen. Erst ein außerordentlicher Kongreß der PSD am 10./11. April 1981 brachte die Wende. Bourguiba kündigte an, daß er keinen Nachteil sehe, wenn unterschiedliche Strömungen in der Nationalversammlung vertreten seien. Ebenso sei es künftig möglich, daß die Führung den Gewerkschaften (UGTT) nicht notwendigerweise einem Mitglied des Politbüros der PSD anvertraut werde. Bourguiba setzte immerhin Grenzen für die Bildung neuer politischer Parteien. Sie müssen sich verpflichten, sich den Gesetzen anzupassen, Gewalt abzulehnen und nicht ideologisch oder materiel dem Ausland verbunden zu sein. Die Wahlen zum Parlament, das von »Nationalversammlung« jetzt auf »Abgeordnetenkammer« (Chambre des députés) umbenannt wurde, sind vom Bourguiba auf den 1. November 1981 festgesetzt worden. Die Modalitäten der Wahl sollen von dem am 15. 4. 1981 neu bestellten Politbüro der PSD festgelegt werden, dem jetzt eine ganze Anzahl liberaler Persönlichkeiten angehören, insbesondere aus der sozialdemokratischen Bewegung. Vor allem muß bestimmt werden, ob die neuen Parteien vor den Wahlen offiziell gebildet werden dürfen oder ob die Kandidaten dieser Parteien – wie Bourguiba es sich vorstellt – erst ihren Konkurrenten von der PSD auf unabhängigen Listen entgegentreten müssen, um ihre Anhängerschaft zu beweisen. Hierzu erklärte Bourguiba ergänzend im Ministerrat am 18. Juni 1981, daß erst die Erlangung von mindestens 5 % der abgegebenen Stimmen für eine Liste zur Anerkennung als Partei berechtigen sollte. Diese Beschränkung fand sofort lebhaften Protest seitens der betroffenen Oppositionskreise.

Die grundsätzliche Anerkennung des Pluralismus bedeutet nicht, daß die PSD ihren Anspruch als »Partei aller Tunesier« aufgibt. Sie will vielmehr der »Schmelztiegel aller Energien und aller lebendigen Kräfte des Landes sein« und will mit erneuter, verjüngter und offener Mannschaft energisch weiterkämpfen, um »die avantgardistischen und progressistischen Dimensionen der Partei zu vertiefen und ihre wesentliche Rolle im politischen Leben des Landes zu festigen«³. Im übrigen verurteilte der a. o. Parteikongreß »die extremistischen Tendenzen, die den Fanatismus und die alten, sektierischen Praktiken predigen und die Einheit des Volkes zu zerbrechen suchen«⁴.

3 Politische Erklärung des a. o. Parteikongresses vom 10./11. 4. 1981.

4 Dies entspricht der gleichen Warnung, die der algerische Präsident am 28. Mai 1981 äußerte. Beide durften auf subversive Machenschaften des libyschen Präsidenten Ghaddafi zielen, der mit seinen reichen finanziellen Mitteln die Muslimbrüderschaften in allen Nachbarländern zu mobilisieren versucht.

Auf dem außerordentlichen Kongreß des Gewerkschaftsbundes UGTT am 29./30. April 1981 wurde auch ein Großteil des gewerkschaftlichen Streites erledigt. Der Kongreß konnte fast alle Führer der Gewerkschaftszentrale wieder in ihre Posten reintegrieren – mit Ausnahme des Generalsekretärs Habib Achour, der noch unter Hausarrest steht. Neuer Generalsekretär wurde Taieb Baccouche, der mit Habib Achour gefangen saß und als sein engster Mitarbeiter und gleichzeitig als »Ideologe« der UGTT gilt. Damit wird sich das Gewerkschaftsleben wieder normalisieren. Es soll jetzt auch die Autonomie der UGTT konkretisiert werden, die grundsätzlich vom letzten a. o. Parteikongreß der PSD neben der Öffnung zum Pluralismus anerkannt worden war. Von der Partei getrennt, wird die UGTT jetzt eine eigene politische Rolle zu spielen haben, aber in Aussprache und Abstimmung mit allen anderen Parteien, wie es in der Parteizeitung »Action« vom 1. 5. 1981 heißt.

Neben den oben erwähnten zwei Parteien, die sich schon länger um ihre Anerkennung bemühen, haben sich inzwischen drei weitere gemeldet, und zwar:

- le Parti islamique de la consultation (Choura) des Rechtsanwalts Hassan Ghodbani, der sich auf die beiden Grundelemente Tunesiens, den Islam und den Arabismus bezieht,
- le Rassemblement national arabe (RNA) des Rechtsanwalts Béchir Essid, der sich an die arabisch-islamischen Nationalisten in Tunesien wendet und sich für Achtung der verfassungsgemäßen Legalität und für die Verwirklichung von Demokratie, persönlichen Freiheiten und sozialer Gerechtigkeit einsetzt;
- le Mouvement de la tendance islamique (MTI). Diese von R. Gannouchi und A. Mourou begründete fundamentalistische Bewegung will den islamischen Charakter Tunesiens und seine Rolle als Zentrum der islamischen Zivilisation in Afrika wiedererwecken. Nach Festsetzung der 5 % Klausel will sie aber an den Wahlen nicht teilnehmen.

Die Regierung dürfte jedoch solchen Gruppen, die den Islam für sich in Anspruch nehmen, mißtrauisch gegenüberstehen wegen des befürchteten libyschen Einflusses (s. oben). Deshalb sollen ja Parteien grundsätzlich nicht vom Ausland ideologisch oder materiell abhängen dürfen.

Bemerkenswert ist, daß als erste Partei neben der PSD am 18. Juli 1981 die Kommunistische Partei Tunesiens (PCT) vom Präsidenten Bourguiba wieder zugelassen und damit der erste Schritt zur Verwirklichung des Pluralismus vollzogen worden ist. Begründet wurde diese schnelle Maßnahme mit der Tatsache, daß die PCT früher bestand und nur suspendiert war. Der Generalsekretär der PCT, Mohammed Harmel, wurde vom Präsidenten empfangen und darf sein Wochenblatt »Attarik El Jadid« (Der neue Weg) wieder herausgeben.

Die durch die blutigen Zusammenstöße vom 26. Januar 1978 ausgelöste und mehr als überfällige Liberalisierung des politischen Lebens und Hinwendung zum Pluralismus in Tunesien macht jetzt unter der bedachten und geschickten Politik des Ministerpräsidenten Mohammed Mzali sichtbare Fortschritte.

Chief Awolowo v. Alhaji Shagari

by *Surinder S. Boparai*

For a candidate to be elected President of Nigeria he must not only obtain the highest number of votes cast in the entire country but must also receive »not less than one-quarter of the votes« cast in at least »two-thirds of« the nineteen states that constitute the Federation of Nigeria. At the last Presidential election, held in August 1979, Alhaji Shagari satisfied the first condition and clearly obtained one-quarter of the votes cast in twelve states. In a thirteenth state, however, he obtained only 19.94 per cent of the votes cast in that state. Therefore, the question arose as to what is two-thirds of nineteen states? The Election Commission held it to mean »twelve two-third states« and since Alhaji Shagari obtained more than one-quarter of the two-thirds of the votes cast in the thirteenth state, declared him elected President. This was challenged by Chief Awolowo, the candidate with the next highest votes, first before a Special Presidential Election Tribunal and next, in appeal, before the Supreme Court of Nigeria.

Chief Awolowo's main contention was that two-thirds of nineteen states is thirteen states and, in the alternative, on the premise that two-thirds of nineteen states is twelve two-third states, that only two-third of the votes received by Alhaji Shagari in his thirteenth state should be used in computing whether he had received one-fourth of two-third of all the votes cast in that state. The Special Tribunal, consisting of three eminent Justices, unanimously rejected the Chief's arguments and upheld the Election Commission's declaration. The Supreme Court, on appeal, concurred and dismissed the appeal by a majority of six to one.

Political Parties in the Countries of the Arabian Maghreb

by *Gerhard Moltmann*

The main countries of the Arabian Maghreb, Morocco, Algeria and Tunisia, by the same origin, language, religion and history, have very much in common which is also confirmed in their constitutions by the acknowledgement of the Maghrebian Unity. Nevertheless they have chosen separate ways to their national structures and political institutions. Thus, with regard to the system of their political parties, they are showing a very interesting and different picture. The kingdom of Morocco which is still most affected to the old traditions, acknowledges the pluralism of political parties explicitly in Art. 3 of the Constitution of 1972. Eight political parties participated in the last elections. Amongst them the National Group of Independants (Rassemblement National des Indépendants – RNI) became the most successful. It represents the young educated generation engaged in free professions or in the public service. The result of the elections was vastly influenced by the Western Sahara conflict appealing very much to the natio-

nalism, uniting the nation behind the king and covering other problems. The opposed Socialist Union of the People's Forces (USFP) is suffering considerable repressions. In the Democratic People's Republic of Algeria the institutional system is based on the principle of one single party (Art. 94) of the Constitution of 1976. This option resulted from the hard war of liberation carried on by the National Front of Liberation (FLN) which now, according to Art. 95 of the Constitution, was declared the unitary party and the leader of the socialist orientation. The Party and the State are mixed up; but the State is still the determinant factor. The regime is consolidated and supported by the broad majority of the people. A certain peripheral opposition could not gain any real importance.

The liberal-socialist Republic of Tunisia is between the two above mentioned systems. Because of the majority-suffrage and certain administrative practises the Socialist Destour (Constitution) Party (PSD) of President Bourguiba has become a *dé facto* unitary party. The Party is based on the principle of the insoluble unity of the various social classes and considers itself as the representative of the whole tunesian people. But in the last few years the monopoly of the Party was made more and more dubious and a political opening was claimed. Under this pressure, in April 1981, Bourguiba accepted on principle the system of pluralism and – however under certain reservations – the recognition of other parties. Since then various parties have already asked for admission. It is remarkable that the first party to be admitted besides the PSD was the Communist Party of Tunisia (PCT) because it had already existed before and was only »suspended«. Under the new regime of the political opening anticipated elections for the Parliament shall take place already on the 1st of November, 1981.

The Minor Political Parties of Mexico

by *Gerhard Scheffler*

In relationship to the ruling ubiquitous PRI – Institutional Revolutionary Party – all of the other parties in Mexico are substantially of no relevant importance. There are three groups of these parties: The principal legal opposition party, the PAN – National Action Party –; the other legally registered parties and nowadays the new or recently registered parties.

The 1939 founded conservative Catholic PAN has had no real chance to win elections in the former majority system, but it contributes to the very facade of democracy which the PRI wished to perpetuate.

The PPS – Popular Socialist Party –, founded by the Marxist intellectual Lombardo Toledano 1947 is no better than a satellite party of the PRI on the left of the political spectrum. Like its so-called leftist counterpart the slightly right-of-center PARM – Authentic Party of the Mexican Revolution – is an appendage of the PRI.